

Unsichere Zeiten. Herausforderungen gesellschaftlicher Transformationen

Themenpapier zum 34. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Jena, 6. bis 10. Oktober 2008

»Moderne Zeiten« sind – das wissen wir spätestens seit Charlie Chaplin – unsichere Zeiten. Unsicherheit ist ein Charakteristikum der Moderne. Die moderne Gesellschaft ist in einem ganz basalen Sinn eine »offene Gesellschaft«: Sie eröffnet historisch neuartige Handlungsoptionen, sie setzt ungeahnte Entwicklungsdynamiken in Gang, sie macht die Gegenwart die Zukunft verfügbar. Damit aber erhöhen sich für die Handelnden und für die Gesellschaft im Ganzen auch die Unbestimmtheiten und Ungewissheiten des sozialen Lebens: Die Moderne ist das Zeitalter der Kontingenz – und insbesondere auch des gesellschaftlichen Bewusstseins von der Kontingenz des Sozialen. Wenig erscheint unmöglich, das Mögliche ist ungewiss. Aber als Ungewisses sowohl Bedrohung als auch Chance.

Die moderne Gesellschaft hat – in Gestalt individueller und kollektiver Akteure, sozialer Bewegungen und politischer Eliten – auf dieses Strukturmerkmal ihrer Vergesellschaftungsform mit zahlreichen Institutionenbildungen reagiert, die Kontingenzbewältigung und Unsicherheitsreduktion entweder strategisch bezweckt oder jedenfalls effektiv herbeigeführt haben. Im Kleinen, Alltäglichen wie im Großen, Staatlichen – von den mikrosozialen Lebensformen bis zu den makrosozialen Strukturbildungen, von der bürgerlichen Familie bis zur Sozialversicherung, von sozialen Schichtungssystemen bis zu nationalen Grenzziehungen – haben Menschen versucht, die Offenheit der gesellschaftlichen Verhältnisse durch Instrumente der Schließung, Begrenzung und Einbettung sozialen Handelns auch lebbar zu machen. Andererseits sind rigide Schließung und Begrenzung die Feinde der offenen Gesellschaft und ihrer Lebensformen.

In der Geschichte der Moderne und der Modernisierung hat es Unsicherheit immer schon gegeben. Mehr noch: Alexis de Tocquevilles berühmtes Gleichheitsparadoxon lässt sich ohne Weiteres um das soziale Sicherheitsparadoxon ergänzen. Wie die Gleichheit, so erscheint in modernen Gesellschaften auch die Sicherheit als ein unerreichbares Ideal, oder genauer: als ein in eben dem Maße (weiter) zunehmendes Bedürfnis, in

welchem die gesellschaftlichen Garantien für Sicherheit wachsen. Das Streben nach Sicherheit – bzw. nach immer mehr Sicherheit – scheint in paradoxer Weise eben aus den Versuchen einer institutionellen Befriedigung des gesellschaftlichen Sicherheitsverlangens zu erwachsen. So jedenfalls wird verständlich, dass die Unsicherheitsdiagnostik gerade dort – in Sozialräumen und gesellschaftlichen Kreisen – verfängt, wo die Sicherheitsproduktion am intensivsten (gewesen) ist. Objektive Sicherheitslage und subjektives Unsicherheitsgefühl können sich also durchaus voneinander entkoppeln. Die Unsicherheit ist in diesem Sinne die andere und unhintergehbare Seite einer Gesellschaft, die systematisch nach Sicherheit sucht.

Warum dann aber – wenn nicht in einem solch überhistorischen, das epochale »Projekt der Moderne« charakterisierenden Sinn – im Jahre 2008 die Rede von unsicheren Zeiten? Ist unsere Unsicherheit heute eine andere als diejenige, die Menschen vor zweihundert, einhundert oder auch fünfzig Jahren erlebt und erfahren haben? Es ist vermutlich die tiefgreifende Transformation der durch scheinbar grenzenloses wirtschaftliches Wachstum, anhaltende politische Stabilität und effektive wohlfahrtsstaatliche Garantien gekennzeichneten gesellschaftlichen Verhältnisse der langen Nachkriegszeit, die das Spezifische der »neuen Unsicherheit« am Beginn des 21. Jahrhunderts ausmacht. Eine Transformation, die sich keineswegs auf den postkommunistischen Systemumbruch und dessen Konsequenzen reduziert und reduzieren lässt. Vielmehr erleben wir gegenwärtig eine Transformation im Plural, eine komplexe Konstellation gesellschaftlicher Transformationen in Ost und West, im weltgesellschaftlichen Norden und Süden, die in ihrer sozialen Bedeutung und Tragweite Karl Polanyis Bild von der »Great Transformation« zur Marktgesellschaft kaum nachzustehen scheinen.

Wir, die Bürgerinnen und Bürger der spätindustriellen Gesellschaften des (seit 1989 erweiterten) Westens, blicken heute auf ein kurzes goldenes Zeitalter zurück, in dem Sicherheit – wie wir nunmehr wissen: vorübergehend – eine neuartige Gestalt angenommen hatte. In einer (zumindest im so genannten »OECD-Raum«) glücklichen historischen Phase gesellschaftlicher Entwicklung war Unsicherheit, so wollte es jedenfalls scheinen, bekämpfbar, bewältigbar, ja besiegtbar geworden. Gefährdungen der individuellen und kollektiven Sicherheit – von der Arbeitslosigkeit bis zum Atomkrieg – wurden durch einen umfassenden staatlich-politischen Interventionismus in kalkulierbare Risiken der persönlichen und gesellschaftlichen Lebensführung verwandelt. Während des »kurzen Traums immer-

während der Prosperität« (Burkart Lutz) trat das Phänomen der Unsicherheit hinter den institutionellen Sicherheitsgarantien und -versprechungen der westlich-wohlfahrtsstaatlichen Moderne zurück wie das Phantom unter die Opernbühne – bis es aus den Tiefen des globalisierten Raums wieder hervorkam, um ins gesellschaftliche Rampenlicht zu treten, und zwar prominenter noch und vielleicht radikaler auch als je zuvor. Die Phänomenologie zeitgenössischer Verunsicherung, die im Mittelpunkt des Kongressinteresses stehen soll, weist in einer ersten, vorläufigen Systematisierung vier Dimensionen auf.

Erstens befinden wir uns seit nunmehr zwei Jahrzehnten inmitten eines gesellschaftlichen Wandels, der durch den Zusammenbruch des Staatssozialismus angestoßen wurde, ein Zusammenbruch, der letztlich selbst Ausdruck der nach wie vor ungebremsen Entwicklungsdynamik des Kapitalismus ist. Der bipolare Systemwettbewerb ist einer finanzmarktgetriebenen und (deshalb) zwar durchaus US-amerikanisch dominierten, aber gleichwohl multipolaren globalen Konkurrenzkonstellation gewichen. Diese bildet in ihrer Vermittlung über supranationale Akteure und transnationale Regime den Kontext für die Entwicklung (und die Entwicklungsprobleme) nicht nur der neuen marktwirtschaftlichen Demokratien der ehemals »zweiten Welt«. Auch die entwicklungsökonomischen Schnellstartergesellschaften Südostasiens, die linkspopulären bzw. -populistischen Sonderwegs-Bewegungen Lateinamerikas und die Subsistenz-, Elends- und Ausbeutungsregime des subäquatorialen Afrikas operieren in einem Rahmen, der durch die internationale politische Ökonomie der postkommunistischen Transformation gesetzt wird. Die dynamisierende Öffnung wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Räume hat – mehr oder weniger, direkt oder indirekt, in unmittelbarer oder abgeleiteter Form – den gesamten Globus erfasst. In diesem Sinne sind alle nationalen Gesellschaften dieser Welt Transformationsgesellschaften.

Zweitens gilt dies in spezifischer Weise auch für die wohlfahrtsstaatlich verfassten Gesellschaften des Westens, die von den Rückkopplungseffekten der osteuropäischen Systemtransformation in stärkerer Weise betroffen sind, als sie lange Zeit wahrhaben wollten. Die institutionellen Eckpfeiler ihres durch die Wachstumskonstellation der Nachkriegsprosperität befeuerten Gesellschaftsmodells eines sozial regulierten Kapitalismus sind in den vergangenen zwei Jahrzehnten brüchig geworden. Damit aber verflüchtigen sich zunehmend – und zunehmend auch in der Mitte der Gesellschaft – die individuellen wie kollektiven Planungs- und Erwartungssicherheiten,

die das wohlfahrtskapitalistische Arrangement in diesen Gesellschaften jedenfalls breiten Teilen ihrer Bürgerinnen und (insbesondere) Bürger zu vermitteln vermochte. Flexible Arbeits- und prekäre Lebensverhältnisse werden für zunehmend größere Gruppen der westlichen, zumal der europäischen Lohnarbeitsgesellschaften zu einer zumindest im Generationenvergleich neuartigen – und potenziell politisierbaren – Verunsicherungserfahrung. Durch den Wandel von Wirtschaftsstrukturen, Beschäftigungsmustern und Bildungsverläufen gerät das, bei allen Abweichungen, für die fordistische Gesellschaftsformation charakteristische Geschlechterarrangement der »männlichen Versorgerehe« zunehmend unter Funktions- und Legitimationsdruck. Die soziale Realität der spätindustriellen Gesellschaften kündigt von einer fortschreitenden Verunsicherung überkommener Geschlechterrollen – und damit auch von einer durch »gender trouble«, aber auch neue Lebensformen geprägten gesellschaftlichen Zukunft.

Drittens eröffnet sich in der jüngeren Vergangenheit eine Dimension von gesellschaftlicher Unsicherheit, die womöglich mehr noch als die beiden erstgenannten als existenzielle Verunsicherung wahrgenommen wird. Zum einen hat die informations- und kommunikationstechnologische Revolution – neben allen offensichtlichen Segnungen für das Alltagsleben insbesondere in den fortgeschrittenen Industriegesellschaften – zur Entstehung neuartiger Risiken geführt. Diese reichen von der alltäglichen Gefahr zerstörerischer Virenangriffe auf Personalcomputer bis hin zu den immens gewachsenen technikgestützten Möglichkeiten gesellschaftlicher Kontrolle und Überwachung. Einem potenziellen Terror der Technologie korrespondiert auf der anderen Seite die Technologie des Terrors, die spätestens seit dem September 2001 allzeit und weltweit präsent ist – oder deren Präsenz jedenfalls auch politisch-medial (und selbstverständlich polizeilich-militärisch) suggeriert, produziert und reproduziert wird. Die »Terrorgefahr« ist zu einem ebenso universellen wie ubiquitären Element des weltpolitischen Motiv- und weltbürgerlichen Gefühlshaushalts geworden. Ihre Neuartigkeit mag darin gesehen werden, dass der Schrecken – jedenfalls in der gesellschaftlichen Wahrnehmung – gesichtslos und anonym ist und »immer und überall lauert«. In dem flankierenden Prozess gesellschaftlicher Wissensproduktion und -vermittlung, der durch die Gleichzeitigkeit einer Entgrenzung von Bedrohungsgefühlen (etwa gegenüber »dem« Islam) und der Visualisierung und Personifizierung der Gefahr (z.B. in der Figur Bin Ladens) gekennzeichnet ist, spielen die elektronisch-digitalen Massenmedien eine ebenso zentrale wie ambivalente Rolle.

Viertens schließlich ist an dieser Stelle ein gesellschaftlicher Verunsicherungsfaktor ersten Ranges zu nennen, der in seinen Konsequenzen – politisch und gesellschaftlich (bislang zumindest) erfolgreich verdrängt – soziologisch noch weitgehend unverstanden ist: der so genannte Klimawandel. Auch wenn die mittelbaren und unmittelbaren gesellschaftlichen Folgeeffekte der globalen Erwärmung, von nationalen Energiepolitiken über internationale Verteilungskämpfe bis hin zu transnationalen Wanderungsbewegungen, allenfalls in Ansätzen zu überschauen sind, lassen sich diesbezüglich doch schon heute zwei soziologische Grundeinsichten formulieren: Die ökonomischen und sozialen Kosten einer auf fossilen Energieverbrauch gegründeten Wirtschaftsweise lassen sich nicht länger erfolgreich externalisieren (sprich: auf Dritte abwälzen), sondern müssen »risikogesellschaftlich« internalisiert werden. Wir haben somit (im Doppelsinne) damit zu rechnen, dass sich unsere gewohnte, über viele Jahrzehnte hinweg habitualisierte »westliche Lebensweise« zukünftig in geradezu revolutionärer Weise verändern (müssen) wird. In Anbetracht der existenziellen Bedeutung dieser Problematik wird sich die Suche nach neuen Formen der – notwendig kollektiven – gesellschaftlichen Sicherheitsproduktion in dieser Dimension erwartbar noch schwieriger und konfliktreicher darstellen als in den drei zuvor genannten.

Bei all den Negativvisionen unsicherer Zeiten gilt es besonders zu betonen, dass der Unsicherheit – in all ihren genannten Dimensionen – konstitutiv auch eine produktive Seite zu eigen ist. Unsicherheit ist ein Lebenselixier von Gesellschaft. Das Schumpetersche Bild des unternehmerischen, innovativen und kreativen Handelns in der und aus der Unsicherheit heraus – in dem der Akteur spontan »ins Risiko geht« – kann nicht nur für den engeren Bereich der wirtschaftlichen Handlungssphäre axiomatische Gültigkeit und lebenspraktische Plausibilität für sich reklamieren. Unsicherheit ist nicht nur eine ökonomische, sondern durchaus auch eine politische, technische, kulturelle und selbst soziale Produktivitätsressource – solange sie in bestimmbar Grenzen bleibt bzw. gehalten wird. Es ist die Entgrenzung von Unsicherheit, ihre Entbettung und Entfesselung, die diese gesellschaftliche Produktivkraft sozial problematisch und destruktiv werden lassen kann.

Die teils schleichende, teils grassierende Verunsicherung der Gesellschaft hat nicht zuletzt vor diesem Hintergrund, und ganz im Sinne von Polanyis Vorstellung gesellschaftshistorischer Entwicklung, in den Ländern der »ersten Welt« vielfältige – politische, kulturelle, soziale – Gegenbewe-

gungen der Sicherheitsproduktion hervorgebracht. Auch diese wiederum sind in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung hochgradig ambivalenter Natur. Das spätmoderne, reaktive Sicherheitsregime reicht vom institutionellen Konservatismus politischer Eliten über den verzweifelten Krieg gegen den Terror und das Grenzregime der hochentwickelten (potenziellen) Einwanderungsnationen bis hin zur kulturellen Rückversicherung mittels ethnischer Zugehörigkeitspolitik. Wir stehen einerseits vor vielfältigen Phänomenen der sozialen Schließung von Solidaritätsräumen, nach außen (z.B. vor den Kanarischen Inseln) wie nach innen (etwa in der deutschen Tarifpolitik), andererseits vor der Entwicklung neuer Solidaritätsräume im Zuge von Transnationalisierungsprozessen (Europäische Integration). Wir erleben die fortschreitende Privatisierung, Individualisierung und Subjektivierung von Risiken der individuellen Existenz, die Übertragung der gesellschaftlichen Sicherheitsgarantien auf die sicherheitsstiftende Vorsorgetätigkeit des Einzelnen. Wir werden Zeugen – Objekte und Subjekte – der Bevölkerungs- und Familienplanung, der Produktion öffentlicher (statt kollektiver) und persönlicher (statt sozialer) Sicherheit, von der Onlineüberwachung bis zur Präimplantationsdiagnostik, vom Rauchverbot bis zur Vorratsdatenspeicherung und Sicherungsverwahrung. Der soziologischen Gegenwartsbeobachtung stellt sich das Bild einer unaufhaltsamen und unkontrollierbaren Entwicklung in Richtung auf die Fiktion einer »Sicherheitsgesellschaft« dar, die als solche dem Sicherheitsparadoxon verfällt, indem sie in ihrer Option (bis hin zur Obsession) für die Sicherheit Gefühle der Unsicherheit produziert, schürt und radikalisiert. Dabei entstehen immer neue Unsicherheiten, an denen eine entfesselte Politik-, Sozial- und Militäradministration anzuknüpfen versucht. Wie im Falle der Produktivität von Unsicherheit lassen sich auch hier strukturelle Grenzen der Sicherheitsproduktion aufzeigen – Grenzen, die spätestens dort erreicht sind, wo Disziplinierung, Kontrolle und Verwaltung des gesellschaftlichen Lebens freiheitsberaubenden Charakter annehmen und die für liberale Demokratien konstitutiven Prinzipien unterlaufen.

All die genannten Phänomene, die positiven und negativen Herausforderungen unsicherer Zeiten ebenso wie die Bewegungen und Gegenbewegungen der »Sicherheitsgesellschaft«, spannen ein weites Feld intellektueller Betätigung auf für einen wissenschaftlichen Kongress, der zumindest die Unsicherheit des Wissens über die Unsicherheit reduzieren helfen könnte – wäre da nicht auch noch ein weiteres Paradoxon der Moderne: das Wissensparadoxon. Mit dem Zuwachs an (wissenschaftlichem) Wissen schärft

sich zwangsläufig zugleich auch das Wissen über unser Nicht-Wissen, und damit unser Bewusstsein von der Kontingenz des Sozialen. Das soziale Leben wird also – soviel scheint gewiss – auch nach dem 34. Soziologiekongress strukturell unsicher bleiben. Aber es wird als solches unter verschärfter soziologischer Beobachtung stehen. »Moderne Zeiten« sind unsichere Zeiten – und die Zeit der Soziologie.

Für den Vorstand der DGS: Hans-Georg Soeffner, Georg Vobruba

Für das lokale Organisationskomitee: Klaus Dörre, Stephan Lessenich

Über die *Termine* für die Anmeldung von Plenarveranstaltungen, Ad-hoc-Gruppen und Poster-Sessions sowie für die Teilnahme am Kongress informieren Sie sich bitte auf der Kongresshomepage: **www.dgs2008.de**